

LANDESBANKEN

Fragwürdiger Verzicht

Mit offenbar zweifelhaften Begründungen hat der Freistaat Sachsen auf die juristische Verfolgung von Politikern verzichtet, die in den Beinahe-Zusammenbruch der Landesbank involviert waren. Bislang wurde darauf verwiesen, bei damaligen Mitgliedern des Verwaltungsrats und Kreditausschusses seien keine erheblichen Summen einzutreiben. Das ist zumindest fragwürdig, denn die Räte waren durch eine Organ-Haftpflichtversicherung abgesichert. Aus Schreiben des Versicherers AIG Europe geht hervor, dass die Risiken von Verwaltungsrat

und Kreditausschuss der Sachsen LB womöglich abgedeckt waren. Eine Prüfung der Vorgänge in der Bank im Auftrag des Finanzministeriums hatte 2010 ergeben, dass sechs Mitglieder des Kreditausschusses „ihren Pflichten nicht hinreichend nachgekommen“ seien.

Die mit dem Fall beauftragte Kanzlei hatte dem Ministerium deshalb eine Klage ausdrücklich empfohlen. Der Freistaat verzichtete jedoch unter Hinweis auf „Rechts- und Prozessrisiken“ und „hohe Kosten“. Sachsen bürgt für die inzwischen notverkaufte Bank mit 2,75 Milliarden Euro, gut 300 Millionen Euro wurden bereits fällig. Bislang klagt der Freistaat nur gegen ehemalige Vorstände des Geldhauses auf Schadensersatz.



Sachsen-LB-Zentrale 2007

WALTRAUD GRUBITZSCH / PICTURE-ALLIANCE / DPA



Schlecker-Kinder Lars, Meike

ANDREAS KÖRNER / WIRTSCHAFTSWOCHE

HANDEL

Ver.di will Anton Schlecker verklagen

Die Gewerkschaft Ver.di ist fest entschlossen, Anton Schlecker, den Gründer der insolventen Drogeriekette, zu verklagen, falls sich die Vorwürfe über strittige Immobilien-Deals und das Vermögen der Familie bestätigen. So hat Anton Schlecker kurz vor der Insolvenz ein Zentrallager samt Grundstück im steirischen Gröbming für 2,8 Millionen Euro sowie die Österreich-Zentrale bei Linz für 1,8 Millionen Euro an seine Kinder Meike und Lars Schlecker verkauft. Bereits vergangene Woche war bekanntgeworden, dass der Pleitier ein Logistikzentrum in Österreich an seine Kinder veräußert hatte. Alle drei Deals mit einem Gesamtvolumen von sieben Millionen Euro sollen erst mehr als einen Monat nach dem Insolvenzantrag beurkundet worden sein. Außerdem soll der Kaufpreis unter dem Marktwert liegen. Durch den innerfamiliären Verkauf wurden die Immobilien der Insolvenzmasse entzogen. Schlecker-Insolvenzverwalter Arndt Geiwitz könnte dies anfechten. Offiziell wollte Ver.di die angestrebte Klage nicht bestätigen, eine Sprecherin teilte aber mit, es sei „sehr verwunderlich, dass die Immobilienverkäufe jetzt bekanntwerden, wo der Insolvenzverwalter angeblich schon vor Monaten Schlecker auf Vermögensverschiebungen hin überprüft hat“. In einem anderen Punkt war Geiwitz gegenüber den Kindern Meike und Lars härter: Er soll ihnen ihre Autos weggenommen haben, weil Besitznachweise fehlten. Die Wagen – darunter mindestens ein Porsche – wurden der Insolvenzmasse zugeschlagen. Weder die Schlecker-Kinder noch der Insolvenzverwalter wollten sich zu den Vorgängen äußern.

STEUERABKOMMEN

Stuttgarter Kompromiss

In den Streit um das deutsch-schweizerische Steuerabkommen kommt Bewegung, Baden-Württembergs Finanzminister Nils Schmid (SPD) zeigt sich kompromissbereit. Schmid ist Verhandlungsführer des sozialdemokratischen Lagers, das das Abkommen bislang blockiert. Wichtigste Voraussetzung für eine Zustimmung im Bundesrat sei, so Schmid, dass nicht weiteres deutsches Geld aus der Schweiz in

andere Steueroasen abfließe. Er fordert deshalb, alle Vermögen zu berücksichtigen, „die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages im April dort lagen“. Bis zum geplanten Inkrafttreten zum 1. Januar 2013 hätten Schwarzgeldsünder Zeit, ihre Konten zu räumen. Die – ebenfalls strittige – Höhe der Besteuerung ist Schmid dagegen weniger wichtig: „Das Abkommen sollte am Ende nicht an ein paar Prozentpunkten scheitern.“ Geplant ist, Altvermögen mit 21 bis 41 Prozent nachzusteuern. Finanzminister Wolfgang Schäuble ist bereit, der SPD entgegenzukommen.

ZAHLE DER WOCHE

680

Millionen Euro

betrug 2010 der geschätzte Umsatzverlust für die deutsche Musik- und Filmindustrie durch illegale Downloads.

Quelle: House of Research für das Medienboard Berlin-Brandenburg und den Computerspieleverband Game